Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Arm und ausgeschlossen: Armut schränkt gesellschaftliche Teilhabe stark ein, Krise verschärft Problem
2. EU-Gasmarkt: Übertriebene Sorgen?
3. Was die Zahlen verschweigen
4. Weltweiter Schaden
5. Koloniale Verhältnisse
6. Warum sind die deutschen Kapitalisten so beugsam? Ein politisches Rätsel
7. Es ging nie um die Ukraine
8. Petersburger Dialog: Auf Eis verstorben
9. Impfpflicht: Lauterbachs seltsame Erklärung
10. Post Vac: Neu entdeckte Biomarker weisen auf Impfschäden hin
11. In Kassandra-Rolle gefangen
12. Wenn der Aktivismus zur Bekämpfung politischer Gegner staatlich subventioniert wird
13. “Letzte Generation”: Klima der Angst(störung)
14. Zu guter Letzt: Die Doppelmoral von REWE

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Arm und ausgeschlossen: Armut schränkt gesellschaftliche Teilhabe stark ein, Krise verschärft Problem**
   Die Armut in Deutschland ist über die vergangene Dekade deutlich angestiegen – eine denkbar schlechte Ausgangsposition für die fortgesetzten sozialen Stresstests durch Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg und Rekordinflation. Der finanzielle Rückstand von Haushalten unter der Armutsgrenze gegenüber dem Einkommensmedian ist schon vor

Beginn der Corona-Krise um ein Drittel gegenüber dem Jahr 2010 gewachsen. Auch die Ungleichheit der Einkommen insgesamt in Deutschland hatte, gemessen am Gini-Koeffizienten, 2019 einen neuen Höchststand erreicht. Zu diesen Ergebnissen kommt der neue Verteilungsbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Die Studie zeigt zudem, wie stark dauerhafte Armut in Deutschland die gesellschaftliche Teilhabe schon in wirtschaftlich stabilen Zeiten einschränkt: Arme müssen etwa deutlich häufiger auf Güter des alltäglichen Lebens wie eine Grundausstattung mit Kleidung oder Schuhen verzichten, sie können seltener angemessen heizen, leben auf kleinerem Wohnraum. Sie haben einen schlechteren Gesundheitszustand, geringere Bildungschancen und sind mit ihrem Leben unzufriedener. Das führt bei vielen Betroffenen zu einer erhöhten Distanz gegenüber dem politischen System:
Quelle: Hans Böckler Stiftung

dazu: **Bei Armut weltmeisterlich**
Studie bescheinigt Deutschland rasant wachsende Verelendung. Pandemie und Preisexplosion sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.
Quelle: junge Welt

2. **EU-Gasmarkt: Übertriebene Sorgen?**
Volle Gasspeicher, sinkende Gaspreise, wartende Schiffe mit verflüssigtem Erdgas (LNG) vor den europäischen Küsten: Der EU-Gasmarkt scheint sich zu entspannen. Waren die Befürchtungen eines Gasnotstandes überzogen? […]
Sollten die russischen Pipeline-Gaslieferungen in die EU vollständig eingestellt werden und die chinesischen LNG-Importe […] wieder das Level von 2021 erreichen, könnte sich Europa mit einer Angebots-Nachfrage-Lücke von 30 Milliarden Kubikmetern im Sommer 2023, dem Hauptzeitraum für die Wiederbefüllung der Gasspeicher, konfrontiert sehen. Diese Lücke könnte fast die Hälfte des Gases ausmachen, das benötigt wird, um die Speicher bis zum Beginn der Heizsaison 2023-24 auf 95 Prozent ihrer Kapazität zu füllen. Die Knappheit im LNG-Markt im Jahr 2023 wird dann auch zu einem Bieterwettstreit vor allem zwischen Europa und Asien führen, der mit hohen bis hin zu völlig überhöhten Preisen einhergehen dürfte.
Mit anderen Worten: Einige der Faktoren, die für Europa im Jahr 2022 vorteilhaft waren, werden im Jahr 2023 wahrscheinlich nicht mehr so günstig sein: Insbesondere dürften die russischen Gaslieferungen deutlich geringer und der Wettbewerb mit China um verfügbare LNG-Ladungen deutlich stärker sein. Damit drohen der EU im Sommer 2023 gravierende Engpässe bei der Speicherung von Gas für den anschließenden Winter. […]

Somit müsste der Rückgang der russischen Gasexporte in die EU überwiegend durch LNG aus den USA kompensiert werden, aus denen bereits seit 2016 mit dem verstärkten Ausbau der US-Verflüssigungskapazitäten immer mehr LNG importiert wurde. Sollte russisches Gas gar nicht mehr zur Verfügung stehen, könnte der Anteil der USA an den Gesamtimporten der EU nach Schätzungen des EWI bis zum Jahr 2030 auf rund 40 Prozent steigen, was dann in etwa dem Anteil Russlands an den EU-Gesamtimporten im Jahr 2021 entsprechen würde. Die Abhängigkeit von Gaslieferungen aus Russland würde dann durch eine Abhängigkeit von US-amerikanischen Gaslieferungen ersetzt.
Quelle: Makroskop

3. **Was die Zahlen verschweigen**
Putins Wirtschaft ist jetzt offiziell in der Rezession. Aber die Krise ist schwerwiegender, als die Zahlen vermuten lassen. […]
Erstens: Russlands Exporte werden sinken. Die Weltmarktpreise, die die Exporteinnahmen bisher trotz sinkender Verkaufsmenge gepusht haben, sind gefallen. Die Weltnachfrage für russische Energie wird ebenfalls sinken, wenn die Weltwirtschaft miese Konjunktur hat und die Zentralbanken weltweit die Zinsen anziehen – übrigens maßgeblich wegen des von Russland angezettelten Krieges und seiner ökonomischen Verwerfungen. Russland zerstört gewissermaßen die eigene Weltnachfrage nach seinen Rohstoffen. Das könnte auch den Rubelkurs senken und die Importe für Russland verteuern.
Zweitens: Russland erleidet einen unvergleichlichen Angebotsschock, der auf Jahre hinaus die Wirtschaft lähmen wird. Je länger der Krieg dauert, desto schlimmer. Desto größer nämlich die ökonomische Unsicherheit, die Unternehmen vor Investitionen in Russland abschreckt, desto mehr Firmen wandern aus Russland ab, desto mehr Lieferketten werden gebrochen, desto schwerer fällt der Ersatz westlicher Importe, desto mehr Arbeitskräfte produzieren für die destruktive Kriegsindustrie, desto mehr Arbeitskräfte lassen ihr Leben auf dem Schlachtfeld oder fliehen vor der Mobilmachung. Ein toxischer Cocktail für die Wirtschaft.
Den Effekt der Teilmobilmachung sprach Nabiullina gar selbst an. »Es ist heute schwer, die ökonomischen Auswirkungen zu beurteilen«, so die Zentralbankerin in Bezug auf die Bedeutung der Teilmobilmachung für den Arbeitsmarkt. Kurzfristig senke das die Nachfrage, mittelfristig erhöhe das aber den Inflationsdruck, weil Arbeitskräfte und Fachkräfte fehlen, sagte sie deutlich. Und: Recht hat sie. Insbesondere weil es die jüngeren Russen sind, die von der Mobilmachung betroffen sind oder vor ihr fliehen. Es sind diejenigen, die gut ausgebildet sind und der alternden Bevölkerung in Zukunft die Rente mit einer möglichst produktiven Wirtschaft sichern müssen.

Quelle: Maurice Höfgen auf Jacobin

4. **Weltweiter Schaden**
   Über die Folgen des Sanktionsregimes, das der Westen über Russland verhängt hat. Wenn von den Folgen des Ukraine-Kriegs für die Welt und insbesondere für die ärmeren Länder die Rede ist, dann gibt es im Westen eigentlich nur ein einziges Thema: den Mangel an Getreide in Ländern Afrikas und Asiens, dadurch entstanden, dass die Ukraine bis Ende Juli kein Getreide über das Schwarze Meer auf den Weltmarkt ausführen konnte. Das wog schwer, schließlich zählt das Land traditionell zu den größten Lieferanten: Es hatte noch 2021 laut Angaben der EU-Kommission einen Anteil von zehn Prozent am globalen Weizenmarkt – bei Gerste waren es 13, bei Mais sogar 15 Prozent. Fällt all dies ersatzlos weg, dann ist dramatischer Mangel programmiert. Der Deal, den Russland und die Ukraine Ende Juli unter Vermittlung der Türkei und der Vereinten Nationen aushandelten, um das ukrainische Getreide wieder auf den Weltmarkt zu schaffen, hat nicht alle Probleme lösen können; immer wieder wird bei den Getreideexporten der Ukraine von Verzögerungen berichtet, die Russland angelastet werden. Dennoch trägt die Vereinbarung spürbar dazu bei, den globalen Getreidemangel zu lindern. Geflissentlich ignoriert werden hingegen die Folgen, die nicht der Ukraine-Krieg selbst, sondern die Sanktionen des Westens für viele Schwellen- und Entwicklungsländer mit sich bringen – die Sanktionen oder, wie Frankreichs Wirtschaftsminister Bruno Le Maire es am 1. März ausdrückte, der »totale Wirtschafts- und Finanzkrieg«, den die transatlantischen Mächte in Reaktion auf den Überfall auf die Ukraine gegen Russland entfesselt haben. Die Folgen des westlichen Wirtschaftskriegs treffen zunächst die Staaten, die Handelsbeziehungen zu Russland unterhalten haben: Der vom Westen eigenmächtig verhängte Ausschluss russischer Finanzinstitute vom Zahlungssystem SWIFT erschwert die Bezahlung von Lieferungen aus und nach Russland, schädigt also den Handel. Indirekt treffen die Sanktionen auch Länder, die keinen Handel mit Russland treiben oder die problemlos auf ihn verzichten können, indem sie auf den Weltmärkten die Preise wichtiger Güter, die Russland traditionell exportiert, zum Teil dramatisch in die Höhe treiben. Besonders schwer wiegen die direkten bzw. die indirekten Folgen der Sanktionen vor allem in drei Bereichen: bei Energierohstoffen, Getreide und Düngemitteln.
   Quelle: junge Welt
5. **Koloniale Verhältnisse**
   Der EU-Preisdeckel für russisches Rohöl soll kommen. Nur noch über die Höhe wird gestritten. Auf Drängen der USA haben die G7-Staaten ein solches Instrument des Wirtschaftskriegs gegen Moskau auf den Weg gebracht. Washington ruft, Berlin und Brüssel folgen. Kern des Ölpreisdeckels soll ab dem 5. Dezember ein Verbot für europäische Dienstleister sein, oberhalb eines Preises von 65 bis 70 US-Dollar pro

Barrel russisches Öl zu versichern oder zu transportieren. Russland hat bereits erklärt, dass es diesen Preisdeckel nicht akzeptieren und an Staaten, die ihn anwenden, kein Öl mehr verkaufen wird – selbst vor dem Hintergrund, dass russisches Erdöl mit einem deutlichen Abschlag in die Staaten des globalen Südens verkauft wird. Die Maßnahme der Bundesregierung, die auch hier die treibende Kraft innerhalb der EU bei der Umsetzung der Vorgaben aus Washington ist, richtet sich also in erster Linie gegen Staaten im globalen Süden, denen es in Zukunft nicht mehr möglich sein soll, russisches Rohöl zu kaufen, allen voran Indien und Indonesien. Was auf den ersten Blick wie eine Maßnahme gegen Moskau aussieht, zielt auf die Etablierung eines kolonialen Verhältnisses zwischen dem Westen und dem globalen Süden. Aus G7-Kreisen wird deshalb auch offen darüber gesprochen, dass der Preisdeckel kaum Auswirkungen aus Moskau haben würde, da die russischen Produktionskosten bei etwa 20 Dollar pro Barrel liegen. Aber von wem die Länder des Südens Energie kaufen, das soll in Washington, Berlin und Brüssel entschieden werden. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass der Ölpreisdeckel wie zuvor der Wirtschaftskrieg insgesamt zu einem Bumerang für die Bundesregierung zu werden droht.
Quelle: Sevim Dagdelen in junge Welt

6. **Warum sind die deutschen Kapitalisten so beugsam? Ein politisches Rätsel**
   US-Regierungen verstehen einen hohen Ölpreis mittlerweile mehr als Vor- denn als Nachteil. Noch mehr gilt das für den europäischen Gaspreis. Dass es billiges Gas aus Russland für die EU, vor allem aber für Deutschland nicht mehr geben darf, haben US-Regierungen und beide Häuser des US-Parlaments parteiübergreifend in den letzten Jahren immer wieder formuliert. Deutsche Regierungen vor Olaf Scholz haben sich gegen diese Zumutung im Interesse des deutschen Kapitals gewehrt. Nun ist diese Zumutung Realität. Die heimischen Kapitalisten murren zwar, aber sie beugen sich. Man kann nur vermuten, dass sie kalkulieren, dass sie diese Auseinandersetzung mit dem starken Freund im Westen nicht gewinnen können.
   Quelle: Lucas Zeise in unsere zeit
7. **Es ging nie um die Ukraine**
   In seiner Pressekonferenz am 21. März sagte der Sprecher des Außenministeriums, Ned Price, den versammelten Reportern, dass “Präsident Zelenskyy auch sehr deutlich gemacht hat, dass er für eine diplomatische Lösung offen ist, die die Kernprinzipien des Krieges des Kremls gegen die Ukraine nicht gefährdet”. Ein Reporter fragte Price: “Was wollen Sie damit sagen, dass Sie eine Verhandlungslösung à la Zelenskyy unterstützen, aber nach welchen Prinzipien?” In der vielleicht bemerkenswertesten Aussage des Krieges antwortete Price: “Dies ist ein Krieg, der in vielerlei Hinsicht größer ist als Russland, er ist größer als die Ukraine.”
   Price, der noch einen Monat zuvor von Gesprächen zwischen Russland und der

Ukraine abgeraten hatte, lehnte es ab, dass Kiew ein Ende des Krieges unter Berücksichtigung der Interessen der Ukraine aushandelt, da die Kerninteressen der USA nicht berücksichtigt worden seien. Bei dem Krieg ging es nicht um die Interessen der Ukraine: er war größer als die Ukraine.
Einen Monat später, im April, als eine Einigung bei den Istanbuler Gesprächen in greifbare Nähe gerückt zu sein schien, setzten die USA und das Vereinigte Königreich die Ukraine erneut unter Druck, ihre eigenen Ziele nicht zu verfolgen und ein Abkommen zu unterzeichnen, das den Krieg hätte beenden können. Sie setzten die Ukraine erneut unter Druck, weiter für die größeren Ziele der USA und ihrer Verbündeten zu kämpfen. Der damalige britische Premierminister Boris Johnson schimpfte über Zelensky, dass man Putin "unter Druck setzen sollte, nicht mit ihm verhandeln". Er fügte hinzu, dass die Ukraine zwar bereit sei, einige Abkommen mit Russland zu unterzeichnen, der Westen aber nicht.
Quelle: Antikrieg

8. **Petersburger Dialog: Auf Eis verstorben**
   Der Petersburger Dialog ist das wichtigste deutsch-russische Gesprächsforum. Nun soll das Gremium im ersten Quartal 2023 aufgelöst werden. Was bedeutet das langfristig?
   Als der Petersburger Dialog im Jahr 2001 vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin aus der Taufe gehoben wurde, war die Welt zwischen Deutschland und Russland eine komplett andere. Man hatte das Gefühl einer Aufbruchstimmung. Der damals neue russische Präsident wirkte bei seinen ersten öffentlichen Auftritten Deutschland gegenüber aufgeschlossen.
   Kurz danach brachen die USA den Irak-Krieg vom Zaun und die gemeinsame Gegnerschaft zu diesem Feldzug einigte zumindest oberflächliche deutsche und russische Regierungsvertreter.
   Quelle: Telepolis
9. **Impfpflicht: Lauterbachs seltsame Erklärung**
   Keine Impfpflicht mehr in der Pflege: Länder, Ärzteverbände, Ämter hatten seit langem darauf gedrängt. Nun ist auch Minister Lauterbach dafür. Seine Begründung überrascht jedoch. (…)
   Lauterbach: Impfstoff erfasst Virus nicht mehr
   Minister Lauterbach sagt dem ZDF:
   "Die Impfung schützt nicht mehr vor der Ansteckung. Wenn sie nicht mehr vor der Ansteckung schützt, dann gibt es auch keinen Grund mehr dafür in diesen Einrichtungen."
   Karl Lauterbach (SPD)

Vor allem die “neuen Varianten” des Coronavirus seien durch den jetzigen Impfstoff “nicht zu erfassen”, so Lauterbach. “Das heißt man kann sich dann trotzdem anstecken, das wird wahrscheinlich auch für die BQ1.1-Variante gelten.”
Weil der jetzt vorhandene Impfstoff nicht gegen Ansteckungen schützt? Das war jedoch nie das Argument für einen Impfung, jedenfalls seit der Omikron-Variante des Virus nicht. Sie dominiert laut Robert-Koch-Institut seit Juni in Deutschland. (…)
Lauterbach selbst sagt, der Protest gegen die Impfpflicht habe ihn nicht zum Umdenken gebracht. “Es ist eine rein epidemiologische Überlegung.” Weil eben die Impfung nicht mehr schütze, und das eben “wahrscheinlich auch für die BQ1.1-Variante” gelte. (…)
Fürs Impfen ist Lauterbach übrigens immer noch. “Die Impfung schützt sehr gut vor schwerer Krankheit”, sagt er. Man könne sich ja freiwillig impfen.
Quelle: ZDF

Anmerkung Christian Reimann: *Ist Herr Lauterbach eine Art “Lügenbaron”? Oder kennt er doch nicht alle Studien? Bitte lesen Sie dazu auch bzw. erneut »Jetzt ist der Startschuss: Corona ist zurück« und dazu: Der finale Rettungsstuss mit Anmerkungen.*

dazu: **MDR Aktuell – Kekulés Corona-Kompass**
Das ist echt Mist für alle, mich eingeschlossen, die der Meinung sind, dass die Impfung wichtig ist. Diese Daten dort zeigen klipp und klar, dass es keinen statistisch irgendwie nachweisbaren Unterschied gibt bezüglich der Schwere der Nachfolge-Erkrankung bei zweiten, dritten, vierten Infektionen zwischen geimpften und ungeimpften. Das muss man sich mal sozusagen auf dem Ohr zergehen lassen in diesem Fall. Es gibt keinen Unterschied. Die haben das wirklich versucht rauszufinden. Natürlich ist ja klar, dass die die Behörden in USA hoffen, dass sie diesen Unterschied überall wieder reproduzieren. Der ist ja in vielen Studien gezeigt worden. Aber in dieser Studie mit dieser Population und dieser Untersuchung konnte man einfach keinen Unterschied sehen. Das heißt also mit anderen Worten: ob einer geimpft war oder nicht, hat sein Risiko, bei einer Zweitinfektion noch mal schwer krank zu werden oder sechs Monate später so etwas wie Long Covid dann zu haben, überhaupt nicht verändert – und zwar egal, ob denn nur einmal, zweimal oder dreimal. Also die haben differenziert nach Menschen, die gar nicht geimpft sind, einmal geimpft sind, zweimal geimpft sind oder vollständig geimpft plus einmal geboostert. Mehr hatten sie dann nicht. Also der zweite Booster ist nicht mit drin gewesen.
Aber kein Unterschied, und das ist erstaunlich. Und ja, da sprechen Sie letztlich was Wichtiges an. Denn da muss man dann umgekehrt fragen: Wenn man das nicht sieht, was in so vielen anderen Studien gezeigt wurde, sind dann überhaupt die Daten, die

wir da vor Augen haben, so, wie sie da präsentiert werden, wirklich eins zu eins auswertbar? Oder ist da vielleicht noch ein Störfaktor drinnen, ein Bias, wie man sagt, den man nicht ausreichend berücksichtigt hat? Es gibt noch einen anderen Grund, warum man in die Richtung denken kann. Weil, wenn man diese Daten ganz genau nimmt, ist bei einigen Erkrankungen – also nicht bei der Hospitalisierungsrate, nicht bei der Sterberate – aber bei bestimmten Symptomen ist es so, dass sogar die Wahrscheinlichkeit, diese Symptome zu entwickeln, nach diesen Daten nach der zweiten oder dritten Infektion höher ist als nach der ersten. Und das passt irgendwie gar nicht zu unserem Bild.
Quelle: mdr

10. **Post Vac: Neu entdeckte Biomarker weisen auf Impfschäden hin**
Warum treten bei einigen Menschen nach Corona-Impfungen Probleme auf? Was passiert dabei im Körper der Betroffenen und schädigt am Ende die Gefäße oder das Gehirn? Inzwischen liefert die Forschung Erkenntnisse für einige schwere Befunde. Man muss es immer vorweg sagen: Schwere Nebenwirkungen nach den Corona-Impfungen sind äußerst selten. Aber sie kommen eben vor. Wie unlängst bei einem Patienten von Harald Prüß.
„Das ist ein älterer Herr, der nicht mehr auf normales Ansprechen so adäquat reagiert hat, wie man das von ihm kannte, bewusstseinsgetrübt war und damit sich dann in der Rettungsstelle bei uns an der Charité vorstellte, dann auch stationär einige Tage untersucht wurde, wo sich auch herausstellte, dass im Liquor eine sogenannte Pleozytose, also eine Vermehrung von Entzündungszellen da war, und das sind natürlich ganz starke Hinweise dafür, dass hier wirklich eine harte organische Ursache seiner Beschwerden vorliegt.“
Quelle: Deutschlandfunk
11. **In Kassandra-Rolle gefangen**
Während Christian Drosten Anzeichen für das Ende der Pandemie erkennt, beklagt der Gesundheitsminister die Lockerung von Corona-Maßnahmen in den Bundesländern. Karl Lauterbach wirkt gefangen in seiner Rolle als Warner und Mahner. […]
Es verfestigt sich der Eindruck, dass Lauterbach ungeachtet sinkender Corona-Fallzahlen und einer breiten Grundimmunisierung der Bevölkerung nicht aus seiner Rolle als Kassandra herausfinden kann oder will. Doch freiheitseinschränkende Maßnahmen wie Maskenpflicht und Isolationspflicht lassen sich nicht beliebig verlängern, wenn sich die Lage im dritten Jahr der Pandemie grundsätzlich verändert hat. Die zeitweise reale Gefahr einer Überlastung des Gesundheitswesens besteht nicht mehr. Das Risiko schwerer Verläufe ist angesichts einer hohen Impfquote und wirksamer Medikamente im Frühstadium der Erkrankung viel geringer als zu Beginn

der Pandemie. Ihr Ende sollte deshalb nicht künstlich in die Länge gezogen werden.
Quelle: FAZ

12. **Wenn der Aktivismus zur Bekämpfung politischer Gegner staatlich subventioniert wird**
Unser Mediensystem ist zum Schlachtfeld geworden: Aktivistische Plattformen wie „Volksverpetzer“ und „Gegneranalyse“ dienen der Denunziation politischer Feinde. Finanziert werden solche Angriffe auch mit Steuergeldern – und das ausgerechnet über das Zentrum Liberale Moderne des Grünen-Politikers Ralf Fücks. […]
In rational diskutierenden Gesellschaften macht es keinen Sinn, epidemiologische Sachfragen wie die nach der Notwendigkeit einer Maskenpflicht zum Glaubensbekenntnis zu erklären. Letzteres ergibt hingegen sehr viel Sinn, wenn es die Unterscheidung von Freund und Feind ermöglichen soll. Es geht dann um die Definition von Zugehörigkeit und den Ausschluss feindlicher Elemente aus dem Diskurs. Ohne Orwellsche Begriffsverdrehungen wie „Zwang ist die wahre Freiheit“ kommt der Neo-Totalitarismus aber nicht aus: Im Prinzip soll es weiterhin die Meinungsfreiheit geben, aber eben nicht für „Klimaleugner“ oder „Coronaleugner“. In den „Worten des Vorsitzenden Mao Tse-Tung“ von 1968 hörte sich das so an: „Alles, was der Feind bekämpft, müssen wir unterstützen; alles, was der Feind unterstützt, müssen wir bekämpfen.“
Quelle: Frank Lübberding auf Welt Online

13. **“Letzte Generation”: Klima der Angst(störung)**
Sie besetzen Kreuzungen, kleben sich fest, machen aus Kunstwerken Suppenbilder, geben ihr Studium, ihre Ausbildung oder ihren Beruf auf und lassen sich einsperren. Die “Letzte Generation” hat Angst – zumindest die meisten der darin Auftretenden. […]
Kürzlich saßen unterschiedliche junge Frauen bei Markus Lanz und bei Anne Will, um über ihre Ängste zu sprechen. Wobei sie eigentlich eher über die Hilfe sprechen wollten, die sie erwarteten. Denn sie wähnten sich im Recht. (Scheinbar) unabhängig voneinander sagten die jungen Frauen, dass es keine Chance mehr zur Anpassung gebe, dass in 20 bis 30 Jahren ein Großteil der Ernten wegfalle und auf der Welt Hunger, Bürgerkriege und Flüchtlingsbewegungen ausbrechen würden. Zwischen den beiden TV-Auftritten war im Radio innerhalb eines kurzen Berichtes eine weitere Frau zu hören – 20 Jahre jung –, die die gleiche Botschaft hatte.
Es wirkte wie abgesprochen. Oder es war abgesprochen. Fast identisch waren nicht nur die Worte der Frauen, sondern auch die Intonation, die sich zwischen Hysterie und ehrlicher Angst bewegte. Was die Sache so brisant machte, war die Gewissheit, die die Frauen ausstrahlten. Für sie schien es keinen Zweifel daran zu geben, dass sie nur die Wahrheit sagten, und umso schwerer verständlich empfanden sie es, dass nicht sofort alle Politiker auf ihre Forderungen eingehen wollen. Das ist verständlich, denn wer

sicher ist, dass er seine später geborenen Kinder nicht mehr wird ernähren können, wer weiß, dass sein Job ohnehin ohne Zukunft ist, weil der Klimawandel und die daraus entstehenden Folgen die gesamte Existenz, das Leben, bedroht, der kann im Grunde nicht anders reagieren als diese Frauen.
Quelle: Tom J. Wellbrock auf RT DE

14. **Zu guter Letzt: Die Doppelmoral von REWE**
Fußball, olé olé! Die #WM in #Katar ist ein schwieriges Ding. Schauen oder nicht schauen? Dem #Boykott zustimmen, oder nicht? Die deutsche Fußballmannschaft hat sich anscheinend entschieden…unter dem großen Missmut von #REWE. Die ziehen jetzt Konsequenzen, sind aber selbst recht verfangen in doppelmoraligen Verflechtungen. Aber seht selbst. Viel Spaß und gute Unterhaltung!
Quelle: Küppersbusch TV via YouTube